

BERLIN

SONNTAG, 24. JULI 2022 / NR. 24 961

WWW.TAGESSPIEGEL.DE/BERLIN

SEITE 7



Im Zeichen des Regenbogens. 150 000 Menschen haben am Sonnabend in Berlin gegen Diskriminierung gefeiert und demonstriert – auch für die Ukraine. Erstmals wurden bei der 44. Auflage des CSD am Bundestag und an Bundesministerien offiziell Regenbogenfahnen gehisst.

Fotos: AFP/D. Gannon, Reuters/Chr. Mang, Imago/E. Contini, L. Kuegeler, Fotostand/Reuhl



Stadt der Freiheit

150 000 Menschen beim Christopher Street Day

Laut, bunt, schrill: Nach zwei Jahren Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie ist am Sonnabend in Berlin wieder eine große Partyparade zum Christopher Street Day (CSD) durch die Stadt gezogen. Am Mittag startete der bunte Zug, die Polizei sprach von 150 000 Menschen. Das Motto: „Vereint in Liebe. Gegen Hass, Krieg und Diskriminierung“.

Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Linke) erinnerte zur Eröffnung an den russischen Krieg gegen die Ukraine. „Tausende Menschen sind geflüchtet, darunter viele queere Menschen“, sagte Lederer. „Für alle Länder, in denen Queersein noch unter Strafe steht, in denen Todesstrafe droht, muss Berlin Stadt der Freiheit, muss Berlin ein sicheres Obdach, muss Berlin ein sicherer Hafen sein.“ In Deutschland würden Menschen aus der Community diskriminiert, beklagte Lederer, der selbst offen schwul ist. Der Kampf dagegen und für Gleichstellung müsse weitergehen: „Wir müssen uns emanzipieren.“

Beim Demonstrationszug machten 96 Fahrzeuge und 80 Fußgruppen aus aller Welt mit – so viele wie noch nie. Darunter waren auch Menschen aus der Ukraine. Dieser Gruppe wurde ein Truck gestellt. „Es ist wichtig, dass wir laut und sichtbar sind“, sagt Eva Yakubovska vom Verein Vitsche Berlin. „In der Ukraine kämpfen auch viele LGBTQ-Personen, denn ihre Werte und ihre Existenz werden angegriffen.“ Auf dem Wagen fuhren auch Gäste vom Kyiv Pride und aus Charkiw sowie Mariupol mit.

Die Parade begann mit einer Kundgebung und einem Konfettiregen auf dem Spittelmarkt in Mitte. Der Demonstrationszug führte auf einer 7,4 Kilometer langen Strecke durch mehrere Stadtteile von Brandenburger Tor. Dort war dann bis in den Abend hinein eine Abschlussparty mit Bühnenprogramm geplant.

Ein Novum in Berlin: Anlässlich der 44. CSD-Auflage wehten erstmals Regenbogenfahnen am und auf dem Reichstagsgebäude, dem Sitz des Bundestags. Auch das Kanzleramt und andere Institutionen wie das Bundesinnen- oder das Bundesverteidigungsministerium setzten mit der Flagge ein Zeichen. Erst im April hatte das Innenministerium offiziell die Genehmigung erteilt.

Die Feststimmung wurde getrübt von zwei Vorfällen: In gleich zwei Fällen wird wegen homophober Schmierereien ermittelt, die Einsatzkräfte am Freitag festgestellt hatten. Auf einen Gehweg im Tiergarten hätten Unbekannte homophobe Parolen gesprüht, die sich auch gegen den CSD richteten. In Moabit beschmierten Unbekannte ein Denkmal für die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung am Magnus-Hirschfeld-Ufer. Tsp

Alkoholverbot in Parks – alles blieb friedlich

Weniger Besucher in der Nacht als sonst

In der Nacht zu Sonnabend, der ersten nach der Ausrufung des nächtlichen Alkoholverbots in zwei Parks in Mitte, blieb es dort ruhig. Im James-Simon-Park und im benachbarten Monbijoupark war zudem weniger los als an anderen Wochenenden. Etwa 100 Menschen saßen in kleinen Gruppen auf den Grünflächen, vielen mit selten mehr als ein paar Flaschen Bier. Größere Gruppen Jugendlicher, von denen in den vergangenen Wochen Exzesse und Gewalt ausgingen, waren nicht dort.

Das am Donnerstag verhängte Alkoholverbot gilt noch bis 11. September täglich von 22 und 6 Uhr. Begründet wurde es mit Partyexzessen, Lärm, Schäden und Müll, durchsetzen muss es vor allem die Polizei. Die war in der ersten Prohibitionsnacht mit mehreren Beamten in den Parks unterwegs. Sie wiesen die Parkbesucher immer wieder auf das Alkoholverbot hin. Das habe gut funktioniert, sagte ein Polizeisprecher. Die wenigsten Besucher hatten zuvor vom Verbot gehört. Einige Besucher verließen den Park oder räumten ihre Flaschen weg. Nach Mitternacht zogen die Beamten ab.

Die meisten Besucher tranken friedlich Alkohol, viele zeigten Verständnis für das Verbot, sehen aber die Durchsetzung als Problem. „Für die, die hier nur entspannt trinken wollen, ist das natürlich nicht toll“, meinte eine Gruppe aus Spandau. „Wenn ich draußen vor dem Park trinken kann, komme ich einfach alkoholisiert hier rein“, sagte ein 21-Jähriger. Ein Mitarbeiter eines angrenzenden Clubs hält von dem Alkoholverbot wenig: „Dann treffen sich die Gruppen woanders zum Saufen.“ Dauerhafte Polizeipräsenz würde mehr helfen. VALENTIN PETRI

Migranten-Check bis 2023

Nächstes Jahr soll klar sein, wie viele Migranten in der Verwaltung arbeiten. Das Partizipationsgesetz soll ihren Anteil mit verbindlichen Regeln erhöhen

Erst im Laufe des kommenden Jahres soll eine Übersicht über die Zahl der Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung mit Migrationsgeschichte fertig sein. „Die freiwillige Erfassung über die Zahl der Mitarbeiter mit Migrationsgeschichte soll 2023 vorliegen“, sagte Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) dem Tagesspiegel am Sonnabend. Diese Erfassung war eines der Kerninstrumente des vor rund einem Jahr im Abgeordnetenhaus beschlossenen Partizipationsgesetzes, mit dem insbesondere der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung erhöht werden soll. Bislang wird der Anteil auf nur zwölf Prozent aller Verwaltungsmitarbeiter geschätzt, genaue Zahlen existieren aber nicht. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Berliner Gesamtbevölkerung liegt derzeit bei mehr als 35 Prozent. Bei einzelnen Behörden wie der Polizei liegt der Anteil schon heute etwa auf diesem Niveau, viele andere liegen weit darunter.

„Wenn Verwaltung Akzeptanz haben will, muss sie die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln“, sagte Kipping dem Tagesspiegel. Ihre Vorgängerin im Amt, Elke Breitenbach (Linke), hatte das Gesetz noch im Wahljahr auf den Weg gebracht. Auch Kipping hatte es kürzlich als „eines der Kernprojekte“ ihrer Amtszeit bezeichnet. Sie fügte hinzu, dass die Berliner Verwaltung das Gesetz allein aus ganz praktischen Gründen umsetzen müsse. „Es ist auch ein ganz egoistisches Anliegen: Wenn in der jungen Generation jeder Zweite in Berlin eine Migrationsgeschichte hat, muss man sich nicht über Personalangel in der Verwaltung wundern, wenn man diese Hälfte ausschließt – und sei es unbeabsichtigt“, sagte Kipping.

Zurzeit befindet sich die Umsetzung der Ziele in einer Pilotphase. Fünf Bezirks- und Landeseinrichtungen wurden ausgewählt, um die Praxistauglichkeit

des Gesetzeswerkes zu prüfen und mögliche Hürden auch in den Organisationen zu erkennen. Der Verein BQN Berlin berät in diesem Rahmen das Bezirksamt Mitte, die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), das Bezirksamt Reinickendorf, das Pestalozzi-Fröbel-Haus in Schöneberg und die Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg. Der Verein hat seit Jahren Erfahrungen mit der Beratung öffentlicher Einrichtungen zu Diskriminierungsschutz und Öffnung für mehr Teilhabe möglichst unterschiedlicher Menschen.

Vor acht Monaten ist Integrations- und Sozialsenatorin Kipping selbst erst in die



Sozialsenatorin Kipping will in Behörden mehr Personal mit migrantischem Hintergrund

Berliner Verwaltung gewechselt. Auch in ihrem eigenen Haus hat sie schon Hindernisse für eine vielfältigere Belegschaft ausgemacht. Dieselagen vor allem im Einstellungs- und Auswahlprozess. „Das ist oft das Verwaltungs- und Laufbahnrecht. Da ist nicht allein entscheidend, was eine Person kann, sondern ob sie die laufbahnrechtlichen Herausforderungen erfüllt“, sagte Kipping.

Diese tradierten Anforderungen zu erfüllen, sei nicht für alle Menschen gleich einfach. „Das ist für Menschen schwieriger, die eine bewegte private Geschichte haben.“ Doch Kipping möchte noch früher ansetzen: Sie will, dass auch die Ausschreibungsverfahren im Rahmen des Prozesses untersucht werden. Das Partizipations-

gesetz sieht vor, dass dafür schon im Anwerbeprozess verbindliche Regelungen eingeführt werden. Außerdem werden Förderpläne für Menschen mit Migrationsgeschichte und besondere Zielvorgaben für alle öffentlichen Stellen des Landes eingeführt. Grundlage dafür soll die freiwillige Erhebung des Migrationshintergrundes sein – von einer verpflichtenden Angabe hatte man aus rechtlichen und historischen Gründen im vergangenen Jahr Abstand genommen. Die Erhebung dauert nun aber.

Im vergangenen Jahr hatte die Forderung von Kippings Vorgängerin Breitenbach nach einer verpflichtenden Migrantenquote von 35 Prozent Streit in der Koalition ausgelöst. Besonders die SPD hatte verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine verbindliche Einstellungsquote vorgebracht. Breitenbach hatte letztlich eingelenkt, um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden.

Ihre Nachfolgerin Katja Kipping will eine solche Diskussion nicht erneut aufmachen. Sie sagte auf die Frage nach einer verbindlichen Quote: „Die Geschäftsgrundlage ist für mich erst mal der Koalitionsvertrag.“ Darin wurde die Quote nicht festgehalten. Allerdings kündigte die Linke-Politikerin schon an: „Wir werden nach einer Zeit Bilanz ziehen und dann gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorschlagen.“

Berlin hatte 2011 als erstes Bundesland ein Integrations- und Partizipationsgesetz verabschiedet. Das neue Partizipationsgesetz ist das Nachfolgeregelwerk. An der alten Regelung wurde kritisiert, dass sie kaum bekannt sei, kaum wirkliche Regeln vorschreibe und somit auch keinen messbaren Erfolg zeige. Für eine Änderung dieses Zustandes hatte sich im vergangenen Jahr besonders Berlins Integrationsbeauftragte Katerina Niewiedzal eingesetzt. JULIUS BETSCHKA/ROBERT KIESEL

Infoveranstaltungen für Kita-Gründer gestrichen

In der Senatsverwaltung für Jugend herrscht noch immer Lockdown, wenn es um die Infoveranstaltungen für potenzielle Kita-Gründer geht. Seit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden alle Termine gestrichen, ohne durch digitale Angebote ersetzt zu werden. Dies teilte die Behörde in einer noch nicht veröffentlichten Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des FDP-Abgeordneten Paul Fressdorf mit. Zudem wurden die Veranstaltungen noch nicht wieder in Präsenz aufgenommen, obwohl dies von der Pandemiegefahr her bereits seit etlichen Monaten möglich wäre und obwohl der Kitaplatzmangel Neugründungen dringend erforderlich macht.

Der Verzicht auf dieses Info-Angebot sei „sehr bedauerlich“, findet Fressdorf. Die Senatsverwaltung müsse sich „die Frage gefallen lassen, warum sie nicht auf digitale Lösungen ausgewichen ist“. Jugendstaatssekretär Aziz Boskurt (SPD), der auch für Digitalisierung im Bildungsbereich zuständig ist, verweist darauf, dass „sämtliche erforderlichen Informationsmaterialien auf der Internetseite“ der Behörde veröffentlicht seien. Zudem würden „durchgängig“ telefonische und individuelle Beratungen angeboten. Zu deren Anzahl gab es in seiner parlamentarischen Antwort auf Fressdorfs Anfrage aber keine Anhaltspunkte.

Das Aussetzen der Veranstaltungen bis auf Weiteres und der Verzicht auf einen digitalen Ersatz ist auch deshalb verwunderlich, weil es die Behörde selbst war, die dieses Informationsangebot für potenzielle neue Kitaträger als essenziell eingestuft hatte. Bis zur Pandemie galt sogar die Vorschrift, dass man ohne Besuch einer der Veranstaltungen keine Kita gründen durfte. Vielmehr war sie sogar Bestandteil der sogenannten Trägereignungsprüfung. Dennoch sieht die Behörde bis heute keine Notwendigkeit, ein Nachfolgeangebot zu organisieren: Neue Termine gibt es noch immer nicht. Vielmehr

werden Interessenten auf der Homepage der Behörde um „Verständnis“ gebeten, „dass aufgrund der aktuellen Situation weder Informationsveranstaltungen stattfinden noch Anmeldungen entgegengenommen werden können“. Dieser Eintrag dürfte noch aus der Lockdown-Zeit stammen. Zudem wird Interessenten auch gleich mitgeteilt, was passiert, wenn wieder Veranstaltungen stattfinden können. Dann nämlich würden bei den Anmeldungen „zunächst vorrangig Interessenten berücksichtigt, die bereits eine feste Terminzusage hatten“. Mit anderen Worten: Wartezeiten drohen. Bis zur Pandemie gab es monatlich ein bis zwei Veranstaltungen, an denen insgesamt rund 350 potenzielle Neugründer pro Jahr teilnahmen.

Der Verzicht auf die Veranstaltungen, bei denen sich interessierte Neugründer zudem vernetzen könnten, ist umso schwerwiegender, als in Berlin Tausende Kitaplätze gebaut werden müssten, um den Bedarf zu decken. Der jüngste Kitaförderatlas zeigte, dass jede zweite Berliner Region keine oder kaum Kitaplatzreserven hat. Zudem konzentriert sich der Platzmangel dort, wo Eltern sich nicht selbst helfen wollen oder können – in den sozialen Randlagen und unter Geflüchteten.

Zudem geht der Mangel auf Kosten der Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen: Ihre Eltern sind eigentlich gesetzlich verpflichtet, ihre Kinder in eine Frühförderung zu schicken. Die Bezirke bauen aber kaum Druck auf, weil sie keine freien Kitaplätze anbieten können. Somit werden jedes Jahr – gesetzeswidrig – Hunderte Kinder völlig unvorbereitet eingeschult. SUSANNE VIETH-ENTUS